

# direkt



## Polizeiorganisation: Innenminister greift Gewerkschaftshinweise auf

Verhalten positiv reagierte die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) Rheinland-Pfalz zu den von heute Innenminister Lewentz der Presse vorgestellten Veränderungen im Polizeibereich. Der Minister hatte im Juni der Polizei den Auftrag erteilt, in 6 Arbeitsgruppen Vorschläge zur Optimierung der Polizei zu erarbeiten. Nachdem erkennbar wurde, dass es ansatzweise zwar um eine Optimierung von Organisation und Abläufen ging, ganz zentral aber darum, den im Koalitionsvertrag beschlossenen Personalabbau umzusetzen und zusätzliche Einsparungen als Folge der „Schuldenbremse“ zu erzielen, musste die DPoIG weitreichende Einschnitte mit gravierenden Auswirkungen auf die Sicherheitsarchitektur im Land befürchten. Die heute bekannt gegebenen ersten Ergebnisse lassen aber doch erkennen, dass der Innenminister die intensiven Beratungen der Gewerkschaft bei der Umsetzung berücksichtigt hat.

- Die DPoIG begrüßt, dass die Dienststellenstruktur von Polizeiinspektionen und –wachen entgegen ursprünglicher Überlegungen vorerst unverändert bleiben soll. Es bleibt aber dabei, dass für eine dauerhafte Sicherung die Einstellung von mehr Personal erforderlich sein wird. Mit der beabsichtigten Reduzierung um rund 400 Stellen werden die Dienststellen nicht dauerhaft zu halten sein.
- Die DPoIG trägt die Zusammenfassung von Polizei- und Autobahnstationen in einer neuen zentralen Dienststelle am Autobahnkreuz Koblenz mit, allerdings auch nur unter dieser Voraussetzung.
- Die Fortführung der Präventionsarbeit in den Polizeipräsidien, den Jugendverkehrsschulen und den Polizeipuppenbühnen wird von der DPoIG ausdrücklich hervorgehoben. Hier wird nachhaltige Arbeit zur Vermeidung von Kriminalität und Unfällen geleistet, wobei die Organisationsform der Puppenbühnen derzeit noch nicht abschließend geklärt ist.

Im Sinne der Generierung von Einnahmen zur Bestreitung von Aufgaben im Bereich der Inneren Sicherheit begrüßt die DPoIG, dass bestimmte Leitungsn künftig nicht mehr kostenfrei erbracht werden können, besonders aber, dass ernsthaft über die Erhebung einer „Event-Gebühr“ bei großen kommerziellen Ereignissen nachgedacht wird. Die Einnahmen hieraus sind dann für die Arbeit der Polizei einzusetzen.

### DPoIG-Landesvorsitzender Werner Kasel:

„Damit greift das Ministerium einen zurückliegend von der DPoIG eingebrachten Vorschlag auf, analog von schweizerischen Regelungen eine solche Gebühr zu erheben. Seit langem fordern wir, dass für immer umfangreichere Polizeieinsätze bei rein kommerziellen Veranstaltungen eine Kostenbeteiligung erfolgen muss. Ganz aktuell wird dies für Spiele der Fußball-Profiligen diskutiert.“

Bedenken hat die DPoIG gegen Teile der beabsichtigten Veränderungen bei der Kriminalpolizei. Hier werden aus reinen Sparüberlegungen und weil nicht mehr ausreichend Personal zur Verfügung stehen wird, spezialisierte Kommissariate zusammengelegt, die aus gutem Grund bisher eigenständig organisiert sind. Hierzu erwartet die DPoIG, dass dies auch im Dialog mit der Justiz nochmals überdacht wird.

DPolG-Chef Werner Kasel abschließend:

„Der Minister hat sich den Beratungen aus den Gewerkschaften und Personalräten gegenüber offen gezeigt. Die Fortführung der Arbeitsgruppen und Einrichtung von Ideenbörsen, in die sich alle Kolleginnen und Kollegen einbringen können, greift die zurückliegend erhobene DPolG-Forderung: ‚Sparen mit Köpfchen ist angesagt. Wer kopflos spart, gefährdet die Innere Sicherheit‘ auf. Dazu gehören auch die Überlegungen zu verstärkten Kooperationen mit den Nachbarländern in einigen Feldern. Es bleibt aber dabei, dass die Reduzierung des Personals ihre Auswirkungen noch zeigen wird. Insoweit bleibt ein gutes Stück Hängepartie.“